



Benelux-Strategie der Landesregierung Nordrhein-Westfalen



Inhaltsverzeichnis

Beneluxstrategie der Landesregierung Nordrhein-Westfalen

Inhaltsverzeichnis	2
1. Einleitung	3
2. Rechtliche, institutionelle und politische Grundlagen für die Zusammenarbeit mit dem Benelux-Raum	3
3. Sachstand der aktuellen Zusammenarbeit	4
4. Ziele der Benelux-Strategie	6
5. Themen und Handlungsfelder der Zusammenarbeit mit den Benelux-Staaten	7
(1) Wirtschaft	7
(2) Verkehr, Infrastruktur und Logistik	8
(3) Arbeitsmarkt, Grenzpendlerinnen und Grenzpendler, Anerkennung von Bildungsabschlüssen	9
(4) Energie und Klimaschutz	10
(5) Hochschulen, Forschung und Innovation	11
(6) Sicherheit, polizeiliche Zusammenarbeit, Katastrophenschutz und Justiz	12
(7) Demographischer Wandel, Bevölkerungsrückgang sowie Migration und Integration	13
(8) Planung und Raumordnung	14
(9) Kultur, Medien und Sprache	15
(10) Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Veterinärwesen	16
(11) Gesundheit	17
(12) Förderprogramme INTERREG VA,	17
6. Umsetzungsschritte im Rahmen der Kooperationsstrukturen zwischen Nordrhein-Westfalen und dem Benelux-Raum	18
Anlage: Strukturen der Zusammenarbeit NRWs mit den Benelux-Staaten	21

1. Einleitung

Nordrhein-Westfalen bildet zusammen mit seinen Nachbarländern Niederlande, Belgien und Luxemburg eine hinsichtlich Wirtschaftskraft, Interaktionsdichte und kultureller Vielfalt einzigartige europäische Gesamtregion, in der 45 Millionen Menschen auf einer Fläche von gut 100.000 km² leben und die ein Bruttoinlandsprodukt von fast 1,6 Billionen Euro im Jahr erwirtschaftet.

Die Benelux-Staaten waren seit jeher Vorreiter der europäischen Integration. Sie repräsentieren drei Gründungsmitglieder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, auf ihrem Gebiet sind der Großteil der Institutionen der Europäischen Union und zahlreiche weitere UN- und internationale Organisationen angesiedelt. Die Niederlande, Belgien und Luxemburg haben mit der Benelux-Union viele Schritte zur europäischen Integration frühzeitig vorweg genommen und überprüft. An der deutsch-niederländischen Grenze ist 1958 die erste Euregio gegründet worden.

Schon allein aufgrund seiner geographischen Lage, Größe und wirtschaftlichen Stärke hat Nordrhein-Westfalen von jeher den europäischen Integrationsprozess aktiv unterstützt und eine langjährige, intensive Zusammenarbeit zu seinen westlichen Nachbarländern aufgebaut. Nordrhein-Westfalen profitiert in erheblichem Maße von dieser engen Zusammenarbeit. Gleichwohl bestehen noch große, nicht ausgeschöpfte Potenziale. Hiervon sind fast alle Bereiche der Landespolitik betroffen, so dass die Zusammenarbeit mit den Niederlanden, Belgien und Luxemburg eine Aufgabe für alle Ressorts der Landesregierung darstellt.

2. Rechtliche, institutionelle und politische Grundlagen für die Zusammenarbeit mit dem Benelux-Raum

Die Zusammenarbeit des Landes Nordrhein-Westfalen mit den Niederlanden, Belgien und Luxemburg stützt sich auf eine Vielzahl von Abkommen und Vereinbarungen, die in den vergangenen Jahrzehnten mit den Regierungen dieser Länder und den belgischen Regionen und Gemeinschaften sowie mit der Benelux-Union abgeschlossen worden sind. Die wichtigsten sind:

- die Gründung der ersten grenzüberschreitenden Arbeitsgemeinschaft überhaupt (der EUREGIO mit Sitz in Gronau im Jahr 1958) sowie der Euregio Rhein-Waal (1971 bzw. 1978), der Euregio Maas-Rhein (1976) und der euregio rhein-maas-nord (1978),
- das Anholter Abkommen zwischen Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über grenzüberschreitende Zusammenarbeit vom 23. Mai 1991 sowie das Mainzer

Abkommen mit den belgischen Regionen und Gemeinschaften zum selben Thema vom 08. März 1996,

- diverse Vereinbarungen und Gemeinsame Erklärungen mit den belgischen Regionen und Gemeinschaften über die nachbarschaftliche Zusammenarbeit seit 1990,
- zahlreiche fachliche Abkommen, Vereinbarungen und Erklärungen mit Schwerpunkten in den Bereichen Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Wirtschaft, Bildung, Wissenschaft, Innere Sicherheit und Justiz ,
- die Absichtserklärung der Ministerpräsidenten der Niederlande, Belgiens, Luxemburgs und Nordrhein-Westfalens zur engeren Zusammenarbeit im Rahmen der Benelux-Union vom 9. Dezember 2008.

Seit 1989 wird die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rahmen von INTERREG A-Programmen der EU gefördert.

In der Koalitionsvereinbarung über die Bildung der Landesregierung in der Legislaturperiode 2012-2017 werden die Beziehungen zum Benelux-Raum als herausragenden Eckpfeiler der nordrhein-westfälischen Europapolitik bezeichnet, für die mit den Partnern auf beiden Seiten der Grenze ein strategischer Ansatz entwickelt werden soll. Dem soll das vorliegende Papier dienen.

3. Sachstand der aktuellen Zusammenarbeit

Die Zusammenarbeit Nordrhein-Westfalens mit den Niederlanden, Belgien und Luxemburg ist enger als je zuvor. Diese Zusammenarbeit erfolgt auf unterschiedlichen politischen und staatlichen Ebenen und durch eine Vielzahl nicht-staatlicher Akteure (s.a. in der Anlage beigefügte Matrix über die grenzüberschreitenden Strukturen).

Zwischen der Landesregierung Nordrhein-Westfalens und den Regierungen der Niederlande, Belgiens und Luxemburgs sowie der belgischen Regionen und Gemeinschaften finden Treffen zur bilateralen Zusammenarbeit auf Kabinetts- und auf Fachebene statt. Auch arbeitet die Landesregierung Nordrhein-Westfalen seit 2008 vertieft mit der Benelux-Union zusammen. Der politische und fachliche Austausch ist sehr intensiv, auf vielen Politikfeldern sind Arbeitsgruppen zwischen den Regierungen und Verwaltungen sowie im Rahmen der Benelux-Union eingerichtet worden. Die niederländische Regierung hat sich mit der „GROS-Initiative“ (Grensoverschrijdende Samenwerking) partnerschaftlich mit Nordrhein-Westfalen auf gemeinsame Themen verständigt. Das niederländische Generalkonsulat in Düsseldorf, das belgische Generalkonsulat in Köln, die Botschaften der Niederlande, Belgiens und Luxemburgs in Berlin und die deutschen Botschaften in Den Haag, Brüssel und Luxemburg sowie das Generalsekretariat der Benelux-Union sind wichtige Partner der Landesregierung bei der Ausgestaltung der Zusammenarbeit.

Ein- bis zweimal jährlich treffen sich die Regierungspräsidentinnen und -präsidenten von Köln, Düsseldorf und Münster mit den Kommissarinnen und Kommissaren des Königs der niederländischen Grenzprovinzen Limburg, Gelderland und Overijssel, um administrative und fachliche Fragen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu besprechen (sog. 3+3-Treffen).

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird maßgeblich von den vier Euregios und ihren Mitgliedern mit nordrhein-westfälischer Beteiligung getragen, von denen drei (Euregio Gronau, Euregio Rhein-Waal und euregio rhein-maas-nord) bilateral mit den Niederlanden und eine (Euregio Maas-Rhein) trilateral mit Belgien und den Niederlanden tätig sind. Durch sie sind auch die Kommunen auf beiden Seiten der Grenzen in die Zusammenarbeit mit den Nachbarländern eingebunden. Die Euregios haben eine tragende Rolle bei der Umsetzung der INTERREG-Programme.

Auch unabhängig von den Euregios gibt es an vielen Stellen der deutsch-belgischen und der deutsch-niederländischen Grenze eine enge Zusammenarbeit zwischen den Landschaftsverbänden oder auch den Kommunen beiderseits der Grenze zu praktischen Fragen in kommunaler Zuständigkeit, u.a. in den Bereichen Planung, Verkehr, Umwelt- und Naturschutz, ÖPNV, grenzüberschreitende Gewerbegebiete, Tourismusförderung etc.

Eine enge grenzüberschreitende Zusammenarbeit besteht auch zwischen den Kammern und Verbänden der Wirtschaft, den Umwelt-, Verbraucherschutz-, Kultur- und Wissenschaftsorganisationen sowie den Hochschulen und Bildungseinrichtungen. Sie agieren als Vermittler, Koordinatoren und Knotenpunkte der bilateralen und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Eine Vielzahl nordrhein-westfälischer Unternehmen unterhält Geschäftsbeziehungen in die Niederlande, nach Belgien sowie nach Luxemburg. Sie werden hierbei u.a. von der Deutsch-Niederländischen Handelskammer, der DeBeLux, den regionalen Handwerkskammern und IHKs sowie von NRW.International unterstützt. NRW.Invest hilft Unternehmen aus den Nachbarländern bei Investitionen in Nordrhein-Westfalen.

Die Zusammenarbeit mit den Benelux-Ländern wird in hohem Maße von vielfältigen menschlichen Begegnungen getragen. Reisen in die Nachbarländer zur Erholung und für Freizeitaktivitäten, zum Besuch kultureller oder sportlicher Veranstaltungen, zum Einkaufen und zum Treffen mit Freunden gehören längst zum Alltag der Menschen. Es gibt ein vielfältiges bürgerschaftliches Engagement in den Beziehungen mit den Benelux-Ländern, das oft in Vereinen stattfindet. Zwischen Nordrhein-Westfalen und den Benelux-Ländern bestehen 93 Städtepartnerschaften, davon 57 mit den Niederlanden, 33 mit Belgien und 3 mit Luxemburg.

Die Zusammenarbeit mit den drei westlichen Nachbarländern Nordrhein-Westfalens verläuft überwiegend sehr eng und vertrauensvoll. Aufgrund des unterschiedlichen Staatsaufbaus der drei Benelux-Staaten gestaltet sie sich jedoch vereinzelt etwas

kompliziert. Vor allem in Belgien sind durch die Staatsreformen eine Vielzahl an staatlichen Institutionen entstanden, deren Zuständigkeiten für Außenstehende nicht immer leicht erkennbar sind. Die Niederlande befinden sich in einem Prozess der staatlichen Dezentralisierung, die eine Kompetenzverlagerung zugunsten der Provinzen und Kommunen mit sich bringt. Dies erfordert eine pragmatische Vorgehensweise bei der Zusammenarbeit. In einigen Politikfeldern sind auch die Handlungsmöglichkeiten der Landesregierung durch Bundeszuständigkeit beschränkt.

Immer wieder stellen sich auch Unterschiede in den Mentalitäten und kulturellen Gebräuchen in unseren Nachbarländern heraus, die im Kontakt mit den Partnern überbrückt werden müssen. In einigen Bereichen bestehen auch Konkurrenzbeziehungen zu den niederländischen, belgischen und luxemburgischen Nachbarn, die auf gemeinsame Interessen geprüft werden müssen.

4. Ziele der Benelux-Strategie

Mit dieser Benelux-Strategie verfolgt die Landesregierung die folgenden Ziele:

1. Die Niederlande, Belgien, Luxemburg und Nordrhein-Westfalen sollen zu einem gemeinsamen Wirtschafts-, Umwelt-, Wissens- und Kulturraum Nordwesteuropa weiter zusammenwachsen, damit die Chancen und Potenziale der zentralen Lage, der hohen Wirtschaftskraft, des hohen Bildungsstandes und der Bevölkerungsdichte dieses Raumes dazu genutzt werden, Wohlstand und Beschäftigung zu steigern sowie die Lebensbedingungen der hier lebenden Bürgerinnen und Bürger zu verbessern.
2. Die noch bestehenden - sichtbaren und unsichtbaren - Hindernisse an den Grenzen für die Aufnahme eines Beschäftigungsverhältnisses und für den Besuch von Bildungseinrichtungen im Nachbarland, für den Handel mit Gütern und Dienstleistungen, für die gegenseitige Unterstützung im Katastrophenschutz, im Gesundheitswesen, im Natur- und Umweltschutz, für den kulturellen Austausch und die Pflege zwischenmenschlicher Kontakte sollen weiter abgebaut werden. Die Staatsgrenzen sollen von den Menschen nicht stärker erfahrbar sein als gewöhnliche Verwaltungsgrenzen.
3. Nordrhein-Westfalen will die Chancen und Potenziale, die sich aus einer engeren, auch arbeitsteiligen Kooperation mit seinen westlichen Nachbarländern unter anderem in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Arbeitsmarkt, Verkehr, Sicherheit, Gesundheit, Umwelt, Energieversorgung ergeben, besser ausschöpfen und für die Bürgerinnen und Bürger nutzbar machen. Noch bestehende Konkurrenzbeziehungen sollen zunehmend einer Kooperation weichen, vor allem in Drittländern, wo ein unkoordiniertes oder gegeneinander gerichtetes Auftreten zum Schaden aller Nordwesteuropäer ist.

4. Nordrhein-Westfalen will zur Herausbildung eines stärkeren Gefühls der Zusammengehörigkeit und Gemeinsamkeit mit den westlichen Nachbarländern beitragen. Dabei soll an die gemeinsamen historischen und kulturellen Wurzeln in unserer europäischen Gesamtregion angeknüpft werden.
5. Nordrhein-Westfalen will mit seinen westlichen Nachbarn in der Europapolitik und in der internationalen Zusammenarbeit besser kooperieren, um gemeinsame Interessen besser zu erkennen und wirksamer zu vertreten.

5. Themen und Handlungsfelder der Zusammenarbeit mit den Benelux-Staaten

Die Zusammenarbeit mit den Benelux-Nachbarn hat die Suche nach konkreten Lösungen für die vielfältigen Probleme in unserer Gesamtregion zum Gegenstand. Daher stehen fachpolitische Aktivitäten im Vordergrund.

(1) Wirtschaft

Nordrhein-Westfalen wickelt mehr als 20 % seines gesamten Außenhandels mit den drei Benelux-Ländern ab. Das ist mehr als der Handel mit dem gesamten asiatischen Kontinent. Damit stehen die Niederlande und Belgien an erster und vierter Stelle der wichtigsten Handelspartner des Landes Nordrhein-Westfalen. Über 5 % des Bruttoinlandsprodukts unseres Landes werden in den Benelux-Raum exportiert. Mehr als die Hälfte aller ausländischen Direktinvestitionen in Nordrhein-Westfalen werden von Unternehmen mit Sitz in den Niederlanden, Belgien oder Luxemburg getätigt. Das Land Nordrhein-Westfalen unterstützt gezielt die Ansiedlung weiterer Unternehmen aus dem Benelux-Raum in Nordrhein-Westfalen. Standortwerbung und Veranstaltungsformate wie z.B. Investorenseminare in den Beneluxländern sowie Dialogveranstaltungen in Nordrhein-Westfalen, tragen dazu bei, die intensiven wirtschaftlichen Beziehungen auszubauen und zu festigen.

Diese hohe Dichte der wirtschaftlichen Zusammenarbeit ist aber nicht selbstverständlich, sondern sie muss intensiv gepflegt und weiter ausgebaut werden. Kleine und mittlere Unternehmen, vor allem aus dem Handwerk und dem Dienstleistungssektor, tun sich oft noch schwer damit, Geschäftsbeziehungen mit unseren Nachbarländern aufzubauen, weil sie deren Kundenwünsche und Mentalitäten zu wenig kennen, mit den Vergabeverfahren nicht hinreichend vertraut sind oder einfach nur die notwendigen Sprachkenntnisse nicht besitzen. Es bleibt daher eine wichtige Aufgabe der Außenwirtschaftsförderung des Landes und der Kammern, insbesondere die mittelständischen Unternehmen beim Aufbau wirtschaftlicher Beziehungen zu den Benelux-Nachbarn zu unterstützen und Standortwerbung für Nordrhein-Westfalen zu betreiben. Mit einer Mittelstandsinitiative Benelux-Nordrhein-Westfalen sollen die verschie-

denen Aktivitäten sowie das Beratungs- und Förderangebote aus Nordrhein-Westfalen gebündelt und zusammengeführt werden, um nordrhein-westfälischen Handwerksbetrieben und Unternehmen den Marktzugang in den Benelux-Raum zu erleichtern. Insbesondere die Kammern sind auf leistungsfähige Partner auf der anderen Seite der Grenze angewiesen. Zunehmend wichtig wird die grenzüberschreitende Ausrichtung der nordrhein-westfälischen Cluster-Aktivitäten. Auf Drittmärkten kann ein gemeinsames Auftreten nordrhein-westfälischer, niederländischer, belgischer und luxemburgischer Außenwirtschaftsförderorganisationen sinnvoll sein.

(2) Verkehr, Infrastruktur und Logistik

Schon heute verfügen Nordrhein-Westfalen und seine Nachbarn über eines der dichtesten Verkehrsnetze Europas. Hier befinden sich zentrale Knotenpunkte europäischer Verkehrswege.

Nordrhein-Westfalen wickelt den überwiegenden Teil seines außereuropäischen Güterverkehrs über die ZARA-Seehäfen (Zeebrügge, Antwerpen, Rotterdam und Amsterdam) und die Binnenhäfen ab. Nordrhein-Westfalens Wirtschaft ist daher auf optimale Verkehrsverbindungen zu den niederländischen und belgischen Häfen sowie auf eine leistungsstarke Logistik-Infrastruktur im Hinterland angewiesen, für die die Schiene in Zukunft eine weit höhere Bedeutung erhalten muss.

Im grenzüberschreitenden Straßennetz konnten in den vergangenen Jahren wichtige Lücken geschlossen werden bzw. die Verbindungen sind noch im Bau. Weiteres Ziel der Zusammenarbeit zwischen Nordrhein-Westfalen und den Benelux-Ländern ist eine Optimierung der grenzüberschreitenden Verkehrsströme durch eine verbesserte Information der Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer beiderseits der Grenze.

Handlungsbedarf besteht weiterhin im grenzüberschreitenden ÖPNV, der von großer Bedeutung für die Fachkräftemobilität und damit das Zusammenwachsen der Arbeitsmärkte ist.

Trotz des dichten Verkehrsnetzes sind die Länder nicht im Stande, die stetig steigende Nachfrage im Personen- und insbesondere im Güterverkehr zukünftig zu bedienen. Der gesamte Mobilitäts- und Logistikbereich wird zukünftig stark im Fokus der Zusammenarbeit zwischen Nordrhein-Westfalen und seinen Nachbarn stehen müssen.

Die wichtigsten Nordrhein-Westfalen, die Niederlande und Belgien betreffenden Verkehrsprojekte in den nächsten Jahren sind der Ausbau der Betuwe-Linie von der niederländischen Grenze nach Oberhausen sowie der „Eiserne Rhein“, der zur Entlastung des Straßenverkehrs und zur besseren Anbindung des Rhein-Ruhr-Raumes an den Hafen Antwerpen benötigt wird. Hierfür kommt auf deutscher Seite jedoch nur eine Trasse entlang der Autobahn A52 in Frage.

Von zunehmender Bedeutung wird die Zusammenarbeit mit den Benelux-Nachbarn im Hinblick auf die weitere Entwicklung des Transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-T), auch in Verbindung mit der europäischen Förderpolitik für diesen Bereich (Connecting Europe) sein. Hierunter fällt auch die Erarbeitung übergeordneter Steuerungsstrategien im Bereich des Verkehrsmanagements.

Im Luftverkehr ist eine bessere Abstimmung zwischen den deutschen, niederländischen, belgischen und luxemburgischen Flughäfen wünschenswert.

(3) Arbeitsmarkt, Grenzpendlerinnen und Grenzpendler, Anerkennung von Bildungsabschlüssen

Die vier Grundfreiheiten des europäischen Binnenmarktes haben auch die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Menschen, vor allem in den grenznahen Regionen, ohne Einschränkungen eine Erwerbstätigkeit jenseits der Grenze aufnehmen können. Der demographische Wandel und der Mangel an Fachkräften rücken grenzüberschreitende Arbeitsmärkte stärker in den Blickpunkt. Trotz der Abschaffung der rechtlichen Hindernisse bestehen aber immer noch zahlreiche praktische Probleme, die viele Menschen von einer Erwerbstätigkeit im Ausland abhalten oder Erwerbstätige aus dem grenznahen Ausland daran hindern, ein Beschäftigungsverhältnis mit einem nordrhein-westfälischen Unternehmen einzugehen. Hierzu zählen komplizierte sozialversicherungs- und steuerrechtliche Regelungen, Mentalitätsunterschiede und Sprachbarrieren, aber auch die oft fehlende Anerkennung von Bildungsabschlüssen sowie mangelnde Informationen und Unkenntnis über die Lebens- und Arbeitssituation jenseits der Grenze.

Da das Sozialversicherungsrecht und die Steuerpolitik weitgehend in die Zuständigkeit des Bundes fallen, kann das Land Nordrhein-Westfalen hierbei nur indirekt, z.B. über den Bundesrat, an der Beseitigung von Hemmnissen mitwirken. Es gilt, die vorhandenen Spielräume zu nutzen. Die Landesregierung arbeitet zudem aktiv an einem verbesserten Informationsangebot für die Grenzpendlerinnen und Grenzpendler. Mit dem Grenzpendlerportal als Anlaufstelle für Berufspendlerinnen und Berufspendler im deutsch-niederländischen Grenzraum können sich die Bürgerinnen und Bürger über rechtliche und praktische Themen in Bezug auf den grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt informieren und nach Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern für ihr konkretes Problem suchen. Es dient als Plattform für den bilateralen Informations- und Erfahrungsaustausch im Grenzgebiet und hilft den Betroffenen, sich in der komplexen Struktur von Staatsverträgen, Besteuerungen und sozialen Absicherungen zurechtzufinden. Dieses Portal wurde aktualisiert und ist nunmehr in einen gemeinsamen Auftritt innerhalb der Benelux-Union integriert. Neben der Informationsmöglichkeit im Internet sind jedoch auch persönliche Beratungsgespräche wichtig. Nordrhein-Westfalen wird sich daher weiterhin für den Erhalt und den einheitlichen Ausbau der Grenzgängerberatungsstellen entlang der Grenze einsetzen.

Bildungsabschlüsse können zu einem Hindernis für grenzüberschreitende Erwerbstätigkeit werden, wenn sie nicht anerkannt sind oder wenn für eine bestimmte Tätigkeit eine fachpraktische Berufsbildung erforderlich ist, eine vergleichbare Qualifikation aber im Herkunftsland schulisch erworben oder sogar an einer Hochschule abgeschlossen wurde. Um die „Exklusivität“ der unterschiedlichen Bildungssysteme als Hindernis zu überwinden, bedarf es eines Verfahrens, durch das Bildungsleistungen und –abschlüsse beurteilt und genutzt werden können. Im Mai 2013 hat der Landtag einstimmig dem Gesetz zur Feststellung der Gleichwertigkeit ausländischer Berufsqualifikationen in Nordrhein-Westfalen (Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz NRW – BQFG-NRW) zugestimmt, das für über 160 Berufe ein einheitliches Verfahren zur Anerkennung der Qualifikation regelt. Die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen flankiert die Umsetzung dieses Gesetzes mit Beratungsmaßnahmen, die flächendeckend ausgebaut werden. Dieses Gesetz verbessert die Fachkräftemobilität und ist inhaltlich identisch mit dem Bundesgesetz zur Anerkennung, das auf die dualen Berufe und die beruflichen Weiterbildungen angewendet wird. Hinsichtlich des Verbraucher- und Patientenschutzes soll die Neufassung der EU-Berufsanerkennungsrichtlinie durch abgestimmte Verwaltungszusammenarbeit Verbesserungen bringen. Insbesondere soll ein geeigneter Datenaustausch präventiv zur Gefahrenabwehr beitragen.

Auf der Grundlage der politischen Erklärung der Regierungen der Benelux-Länder und von Nordrhein-Westfalen über die Entwicklung einer engeren Zusammenarbeit vom 9. Dezember 2008 haben die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens, das Großherzogtum Luxemburg, das Königreich der Niederlande und Nordrhein-Westfalen in den Jahren 2009 und 2010 ihre guten Beziehungen auch im Bildungsbereich intensiviert. Durch Gemeinsame Erklärungen zur gegenseitigen Anerkennung von schulischen Abschlüssen und Berechtigungen im Primar- und Sekundarbereich werden Bildungsbiographien in diesen Nachbarländern erleichtert. Der Schulwechsel von Schülerinnen und Schülern zwischen den Ländern kann direkt über die jeweils aufnehmende Schulleitung eingeleitet werden.

(4) Energie und Klimaschutz

Nordrhein-Westfalen, die Niederlande, Belgien und Luxemburg haben in den vergangenen Jahrzehnten jeweils eigene nationale energiepolitische Strategien verfolgt, die sich in spezifischen Energieversorgungsstrukturen mit sehr unterschiedlichen Anteilen von Kohle, Gas, Atomenergie und erneuerbaren Energieträgern an der Stromerzeugung niederschlagen. Der europäische Energiebinnenmarkt und die EU-Klimaschutzpolitik, der deutsche Atomausstieg und vor allem der damit einhergehende Ausbau der erneuerbaren Energien haben jetzt auch den Energiemarkt in Nordwesteuropa in Bewegung gebracht.

Nordrhein-westfälische, niederländische, belgische und luxemburgische Energieversorger haben sich zunehmend internationalisiert, Anteile an Energieversorgern in den Nachbarländern erworben und in Kraftwerke jenseits der Grenzen investiert. Alle Länder müssen erheblich in den Ausbau erneuerbarer Energien, in Energieeinspar-technologien und in die Steigerung der Energieeffizienz investieren. Da erneuerbare Energien in der Regel nicht an den herkömmlichen fossilen Kraftwerkstandorten sondern dezentral erzeugt werden können, stellen sich hohe Anforderungen an den Ausbau der Leitungsnetze auf allen Ebenen. Weiterhin werden die Fragen nach der grenzüberschreitenden Bereitstellung von Kapazitäten in Zeiten, in denen die erneuerbaren Energien noch nicht den Strombedarf decken können, oder nach dem Stromaustausch zwischen den Ländern eine immer größere Rolle spielen. Daneben ist die Entwicklung und der Einsatz moderner Speichertechnologien eine wichtige Voraussetzung für den beschleunigten Umstieg auf erneuerbare Energien.

Die neuen Herausforderungen der Energiepolitik machen eine engere Zusammenarbeit mit den Nachbarländern im Benelux-Raum sowohl in strategischer Hinsicht als auch in der praktischen Umsetzung notwendig. Damit wird die Energiepolitik mehr als früher auch zu einem Thema der Benelux-Zusammenarbeit. Notwendig werden die gemeinsame Planung von Standorten für die Stromerzeugung und von Leitungstrassen (grenzüberschreitenden Mittel- und Hochspannungstrassen und Verbindungspunkten), die Zusammenarbeit bei der Entwicklung und Nutzung erneuerbarer Energien und Strategien für mehr Klimaschutz und Klimaanpassungsmaßnahmen auf der Grundlage aktueller Geodaten der Verwaltungen.

Ein weiteres Feld zur Kooperation könnte die gemeinsame Erforschung und Erprobung der Abscheidung von CO₂ und seine anschließende Wiederverwertung in Verbindung mit CO₂-intensiven industriellen Produktionsprozessen und die sich daraus entwickelnden Perspektiven sein.

(5) Hochschulen, Forschung und Innovation

In den Niederlanden, Belgien, Luxemburg und Nordrhein-Westfalen existiert eine große Vielfalt an Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und forschenden Unternehmen, die in einigen Bereichen zur Weltspitze zählen. In kaum einem anderen Teil der Welt lässt sich eine derart einzigartige Dichte und Qualität der Wissenschafts- und Forschungslandschaft feststellen. Schon jetzt gibt es auch zahlreiche grenzüberschreitende Forschungs- und Hochschulkooperationen. Ihr Potenzial lässt sich zum Vorteil aller Beteiligten noch erheblich ausweiten. Die Zusammenarbeit mit den Benelux-Staaten wird künftig im Bereich der Forschung entsprechend der Forschungsstrategie „Fortschritt NRW“ ausgerichtet, um so effektiv eine Politik für ein nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung zu betreiben. Auf europäischer Ebene kann dies auch zu einer Mitgestaltung der europäischen Forschungs- und Innovationspolitik und zu einer aktiven Einflussnahme auf europäische Ziele und Strukturen im Interesse der eigenen Nachhaltigkeitsstrategie führen. Den Rahmen für

die Zusammenarbeit mit den Niederlanden steckt die gemeinsame Erklärung der Wirtschafts- und Wissenschaftsminister beider Länder vom 17. April 2008 ab. Begleitet werden diese Aktivitäten von einer bilateralen Task-Force "Innovation". Im Mittelpunkt der aktuellen Beratungen stehen die Clusterstrategien, die in beiden Ländern existieren. Ein gutes Beispiel für die trinationale Zusammenarbeit zwischen Belgien, Niederlande und NRW ist besonders die Entwicklung der grenzübergreifenden Technologieregion im Dreieck Eindhoven-Löwen-Aachen (TTR-ELAt) mit den beiden erfolgreichen Interreg-Projekten „Top-Technologie-Cluster“ (TTC) und grenzüberschreitender Innovationsfond (GCS)..

Die Zahl der Studierenden aus Nordrhein-Westfalen an den Hochschulen in den Benelux-Staaten ist in den vergangenen Jahren stark angestiegen und wird durch den doppelten Abiturjahrgang 2013 vermutlich weiter steigen. Umgekehrt verharret das Interesse junger Menschen aus den Benelux-Ländern an einem Studium in den nordrhein-westfälischen Hochschulen, auch bedingt durch verringerte deutsche Sprachkenntnisse, auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau. Ein Studium im Ausland verbessert nicht nur die Chancen auf dem Arbeitsmarkt, sondern erweitert auch den Erfahrungshorizont der Studierenden. Eine Intensivierung der Zusammenarbeit der nordrhein-westfälischen Hochschulen mit den Hochschulen in den Benelux-Ländern soll im Sinne der Bologna-Erklärung dazu beitragen, die gegenseitige Mobilität zu erhöhen, beispielsweise durch den Ausbau weiterer gemeinsamer Studiengänge.

(6) Sicherheit, polizeiliche Zusammenarbeit, Katastrophenschutz und Justiz

Beim Thema Sicherheit ist die Notwendigkeit einer vertieften und kontinuierlichen Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg offensichtlich: Denn Gefahren durch Kriminalität, im Straßenverkehr oder Naturkatastrophen machen vor Grenzen keinen Halt.

Auf der Grundlage des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Belgien über die Zusammenarbeit der Polizeibehörden sowie des deutsch-niederländischen Polizeivertrags arbeiten die Polizeibehörden grenzüberschreitend schon seit einiger Zeit sehr eng und vertrauensvoll zusammen. Beispielgebend ist das „Euregionale Polizei-Informations- und Cooperations-Centrum (EPICC)" in Heerlen. Es besteht Bedarf, insbesondere die Zusammenarbeit in der praktischen Kooperation fortzusetzen, sei es bei den gemeinsamen Einsatzformen (auch Großeinsätze), der verbesserten Bekämpfung bestimmter grenzüberschreitender Kriminalitätsformen, der gemeinsamen Polizeitechnik oder im Bereich Aus- und Fortbildung. Insbesondere im Rahmen der multilateralen Zusammenarbeit mit der Benelux-Union ergibt sich hier noch Raum für Verbesserungen. Auch ein Austausch strategischer und operativer Lageinformationen fehlt noch in der grenzüberschreitenden Polizeizusammenarbeit.

Außerdem besteht Interesse an der Erörterung, ob anstelle eines euregionalen polizeilichen Informations- und Kooperationszentrums ein Bedarf für die Einrichtung ei-

nes Gemeinsamen Zentrums unter Beteiligung des Bundes (Bundespolizei, Zoll, BKA) besteht.

Zu schnelles Fahren macht vor Landesgrenzen nicht Halt und ist europaweit der Hauptgrund für tödliche Verkehrsunfälle. Um die Verkehrssicherheit zu erhöhen, wird der Ausbau gemeinsamer, zeitgleicher Geschwindigkeitskontrollen mit den Benelux-Staaten angestrebt.

Im Bereich des Katastrophenschutzes gibt es zahlreiche Kooperationsansätze, wie den Fachaustausch mit den jeweiligen nationalen und nachgeordneten Benelux-Katastrophenschutzbehörden, den Austausch von entsprechenden Konzepten, den Aufbau eines unmittelbaren Alarmierungs- und Lageinformationsweges sowie Ansätze zur praktischen Zusammenarbeit (bspw. die Teilnahme an gemeinsamen Benelux-Großübungen). Eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit Belgien in Kooperation mit der Benelux-Union wird angestrebt.

Das Büro für Euregionale Zusammenarbeit in Maastricht hat seit dem 01.10.2008 einen Verbindungsstaatsanwalt aus Nordrhein-Westfalen. Ziel des Büros ist es, die Strafverfolgung in der Euregio zu verbessern, zu erleichtern und zu beschleunigen; zudem soll es eine an gemeinsamen Zielen orientierte Strafverfolgung institutionalisieren. Von Anfang an war eine trinationale Besetzung dieses Büros vorgesehen, in dem sich Staatsanwälte aus Deutschland, den Niederlanden und Belgien bei der Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität gegenseitig unterstützen. Ermittlungen, die mehrere Länder betreffen, können damit besser koordiniert werden.

(7) Demographischer Wandel, Bevölkerungsrückgang sowie Migration und Integration

Nordrhein-Westfalen und die Benelux-Länder stehen vor vergleichbaren Herausforderungen durch den demographischen Wandel: Die Bevölkerungszahl sinkt insgesamt, vor allem mittel- bis langfristig, und es kommt zu einer starken Verschiebung der Alterspyramide mit einem deutlichen Anstieg des Anteils der älteren Menschen bei gleichzeitig deutlichem Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Immer mehr Menschen haben einen Migrationshintergrund, vor allem in den großen Städten. Außerdem kommt es zu einer regionalen Umschichtung der Bevölkerung mit Regionen, die auch weiterhin wachsen, und anderen, die überdurchschnittlich stark schrumpfen werden. In Nordrhein-Westfalen und den Benelux-Ländern sind die Folgen sehr ähnlich. Wohnungsbau, Sozialwesen, Infrastrukturplanung und Raumordnung müssen sich auf den wachsenden Anteil alter Menschen vorbereiten, gleichzeitig entsteht ein großer Mangel an Fachkräften durch sinkende Erwerbspersonenzahlen und damit zunehmende Konkurrenz um qualifizierte Arbeitskräfte. In einigen Bereichen werden die aufgebauten Infrastrukturen nicht mehr voll ausgelastet sein, so dass finanzielle und personelle Ressourcen umgeschichtet werden kön-

nen. In Entleerungsgebieten wird die Grundversorgung und Aufrechterhaltung von Infrastrukturstandards zu einem großen Problem.

Für die Beziehungen zwischen Nordrhein-Westfalen und seinen Nachbarländern hat dies vielschichtige Konsequenzen. Bevölkerungsprognosen deuten darauf hin, dass die niederländischen Grenzgebiete überproportionale Bevölkerungsverluste zu erwarten haben, während die benachbarten nordrhein-westfälischen Regionen im Münsterland, am Niederrhein und in der Region Aachen zunächst verhältnismäßig stabil bleiben und teilweise noch Bevölkerungsgewinne erzielen werden. Daher ist es sinnvoll, die Infrastrukturen stärker grenzüberschreitend aufeinander abzustimmen und zu nutzen. Diesem Zweck kann ein intensiver Erfahrungsaustausch zu Herausforderungen und Chancen der demographischen Entwicklung zwischen den Experten in den grenznahen Regionen dienen. Auch der wachsende Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund und die damit verbundenen Integrationsherausforderungen sind ein lohnendes Feld für eine enge Zusammenarbeit und einen Austausch guter Konzepte und Praxisbeispiele. Ein weiteres Thema sind Konzepte zur Förderung von mehr Partizipation von Frauen am Arbeitsmarkt sowie Konzepte zur Bindung von Facharbeitskräften.

(8) Planung und Raumordnung

Mit der Deutsch-Niederländischen Raumordnungskommission (DNRK) gibt es eine Plattform für die grenzüberschreitende räumliche Planung. Nachdem es in den ersten Jahren vor allem um einen Informationsaustausch ging, wird heute die Arbeit von dem Wunsch dominiert, gemeinschaftliche Perspektiven für die räumliche Entwicklung des Grenzraums zu erarbeiten und gemeinsam Lösungen für die auf beiden Seiten der Grenze auftretenden räumlichen Probleme zu entwickeln. Auch der demographische Wandel wird sich räumlich niederschlagen und Netzwerke über die Grenzen hinweg zur Aufrechterhaltung von Infrastrukturen immer wichtiger werden lassen.

Raumordnungspolitisch relevante Themen mit grenzüberschreitender Bedeutung sind u.a. Freiraum- und Naturschutz, sparsame und bedarfsgerechte Ausweisung von Wohn- und Industrieflächen, Rückbau von Flächen, ortsnahe Versorgung mit Gütern bzw. Gestaltung des großflächigen Einzelhandels, Umbau der Energieversorgung und Leitungsnetze, grenzüberschreitende Naturparks. Hierbei stellt der demographische Wandel stets eine allgemeine Rahmenbedingung dar. Anzustreben ist eine höhere Transparenz der Verwaltungsverfahren bei raumbedeutsamen Planungen, insbesondere für solche, bei denen eine Umweltverträglichkeitsprüfung mit grenzüberschreitender Beteiligung erforderlich ist. Sinnvoll ist auch eine stärkere Kooperation bei der Metropolenentwicklung. In engem Zusammenhang mit der grenzüberschreitenden Raumordnung steht die gemeinsame webbasierte Aufbereitung und Bereitstellung von Geodaten als Serviceleistung für unterschiedliche Bereiche

wie Umwelt, Demographie, Klima, Energie, Arbeitsmarkt, Mobilität, Sicherheit und Katastrophenschutz.

(9) Kultur, Medien und Sprache

Das Zusammenwachsen der Benelux-Länder und Nordrhein-Westfalens zu einem nordwesteuropäischen Metropolraum erfordert die Entwicklung eines Zusammengehörigkeitsgefühls und einer Identifikation der Menschen mit diesem Lebensraum. Dies wird aktuell durch die verschiedenen Sprachen, durch unterschiedliche Mentalitäten und durch das Fehlen gemeinsamer Medien, die grenzüberschreitend berichten, erschwert. Solange die Menschen jedoch dieses Gebiet nicht als ihren Lebensraum sehen und sich mit ihm nicht identifizieren, werden dessen wirtschaftliche, kulturelle und politische Potenziale nur schwer ausgeschöpft werden können. Dabei kann die Herausbildung einer regionalen Identität der Menschen in dieser Region an einer langen gemeinsamen Geschichte und an mit ihr eng verbundenen kulturellen Wurzeln anknüpfen.

Die Zusammenarbeit mit den Benelux-Ländern muss daher stärker als bisher das Ziel verfolgen, die Menschen zusammen zu bringen, das gegenseitige Verstehen zu fördern, die vielfältige Kultur auch grenzüberschreitend kennen und verstehen zu lernen und die mediale Berichterstattung über die Nachbarländer auszubauen. Bereits jetzt profitieren Kunst und Kultur in Nordrhein-Westfalen in hohem Maße von dem engen Austausch mit den kulturellen Einrichtungen und den Künstlern in den Niederlanden, Belgien und Luxemburg. Einrichtungen wie die RuhrTriennale oder die Ruhrfestspiele Recklinghausen arbeiten eng mit Partnern in den Benelux-Ländern zusammen. Auch die Kulturhauptstädte Luxemburg 2007, Essen für das Ruhrgebiet 2010 und Mons 2015 stehen im engen Austausch miteinander. In gemeinsamen Marketing-Anstrengungen liegen große Zukunftspotential für die kulturelle Zusammenarbeit zwischen Benelux und NRW. Eine weitere wichtige Voraussetzung für das Zusammenwachsen unserer nordwesteuropäischen Regionen ist die Verbesserung der Kenntnisse der Sprachen der Nachbarländer. In Nordrhein-Westfalen ist ein steigendes Interesse an der niederländischen Sprache zu erkennen, allerdings ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau und weitgehend beschränkt auf den grenznahen Raum. In den Niederlanden und Belgien sind die deutschen Sprachkenntnisse dagegen, ausgehend von einem bisher sehr hohen Niveau, stark rückläufig. Nordrhein-Westfalen wird deshalb die von der Deutschen Botschaft in Den Haag, dem Goethe-Institut und weiteren Institutionen gestartete Initiative zur Förderung der deutschen Sprache in den Niederlanden, aber auch entsprechende Initiativen in Belgien aktiv unterstützen.

In der internationalen Kulturzusammenarbeit des Landes werden die Benelux-Länder ein höheres Gewicht erhalten. Bestrebungen zur stärkeren medienpolitischen Zusammenarbeit mit den Niederlanden, Belgien und Luxemburg werden unterstützt. Einen wichtigen Beitrag leisten auch weiterhin die Städtepartnerschaften, die Schul-

partnerschaften und verschiedene zivilgesellschaftliche Organisationen, Kultur- und Sportvereine, die die Zusammenarbeit mit den Benelux-Ländern fördern.

(10) Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Veterinärwesen

Schon seit vielen Jahren hat die Kooperation zwischen Nordrhein-Westfalen und den Benelux-Staaten auf dem Gebiet des Natur- und Umweltschutzes eine hohe Priorität. Hierbei sind zentrale Themen der Hochwasserschutz, die Trinkwasserversorgung, die Abfallwirtschaft, die Land- und Forstwirtschaft, die Landschaftspflege und die gemeinsamen Nationalparks.

Die Erfahrungen haben gezeigt, dass die Umsetzung von EU-Vorgaben in den einzelnen Staaten, u.a. in den Bereichen Luftqualität / Feinstaub, Stickstoffdioxid, Geruchs- und Lärmbelastung sehr unterschiedlich erfolgt, sodass es insbesondere in den Grenzregionen zu erheblichen Brüchen kommt. Eine Zusammenarbeit mit Benelux auf allen Gebieten des Immissionschutzes ist auch weiterhin dringend erforderlich.

Das europäische Naturschutzprojekt NATURA 2000 und die gemeinsame Erklärung über die Zusammenarbeit im Bereich der Umwelt vom 29. Januar 2009, sind Beispiele für eine bilaterale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Nordrhein-Westfalen mit den Niederlanden sowohl auf zentraler Ebene als auch mit den Provinzen. Auch die Kooperation im Hochwasserschutz hat eine lange Tradition.

Nordrhein-Westfalen, die Niederlande und Belgien sind bedeutende Agrarländer. Vor allem mit den Niederlanden gibt es bereits einige wichtige Kooperationsprojekte, so unter anderem die Zusammenführung zweier Versteigerungsstandorte für Blumen- und Obstvermarkter in Straelen (Veiling Rhein-Maas) im zweitgrößten Gartenbaugelände Europas. In der ländlichen Entwicklung gibt es eine sektorübergreifende trilaterale Zusammenarbeit zwischen den Niederlanden, Flandern und Nordrhein-Westfalen. Ziel dabei ist die stärkere Erschließung von Beschäftigungs- und Wertschöpfungspotenzialen durch die Verbesserung der Innovationsfähigkeit der Agrar- und Ernährungswirtschaft sowie die Entwicklung des ländlichen Raums. Als konkretes Projekt ist die Einleitung eines grenzüberschreitenden Bodenordnungsverfahrens im Bereich des Hochwasserschutzes in Vorbereitung.

In der Lebens- und Futtermittelsicherheit sowie der Tiergesundheit sind die grenzüberschreitende Bekämpfung infektiöser Krankheiten und die Zoonosenbekämpfung von zentraler Bedeutung. Zahlreiche Vorfälle im Bereich der Tierseuchenbekämpfung und der Lebensmittel- und Tierfuttersicherheit – beispielhaft seien hier der Dioxin- und EHEC-Vorfälle erwähnt – sowie dem Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung zeigen auf, wie wichtig der Austausch im Veterinärwesen und im Verbraucherschutz

ist. So wird auch zukünftig die Kommunikation über Gefahren eine stärkere Rolle für alle Behörden spielen.

Darüber hinaus erfolgt auch über die Mitwirkung in internationalen Netzwerken mit Partnern aus dem Benelux-Raum eine Zusammenarbeit.

(11) Gesundheit

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich der Gesundheitsversorgung ist – regional unterschiedlich ausgeprägt – von großer Bedeutung. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und der damit einhergehenden Überalterung der Bevölkerung wird das Gesundheits- und Pflegewesen vor ernsthafte Probleme gestellt. Die Landesregierung hat zum Ziel, eine flächendeckende und bedarfsgerechte gesundheitliche und medizinische Versorgung aller Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Ohne eine engere Zusammenarbeit mit den Nachbarländern wird dieses Ziel vor allem in den ländlichen Grenzregionen nicht erreichbar sein. Oft befinden sich Spezial- und Universitätskliniken, sowie alternative Gesundheitsangebote auf der anderen Seite der Grenze. Zwar gibt es die Möglichkeit, das Gesundheitsangebot jenseits der Grenze in Anspruch zu nehmen, jedoch ist dies meist mit einem großen bürokratischen Aufwand für Bürgerinnen und Bürger und Ärztinnen und Ärzte verbunden und rechtlich meist unzureichend abgesichert. Versicherungen dies- und jenseits der Grenze müssen enger zusammenarbeiten (z.B. AOK Rheinland und CZ Groep) und die bisherige erfolgreiche Zusammenarbeit (Interreg III-A-Projekt „Cross Border Patient Mobility“) weiter finanziert und ausgeweitet werden. Ziel muss es sein, dass die Menschen das vorhandene Gesundheitsangebot beiderseits der Grenze besser, schneller und unbürokratischer nutzen können. Die Qualität der Versorgung nimmt dabei beachtlich zu und Kosten werden durch optimale Auslastung gesenkt.

(12) Förderprogramme INTERREG VA

Obwohl noch nicht alle Rahmenbedingungen der künftigen Strukturförderung fest stehen, bereitet die Landesregierung die Programme für die neue EU-Förderperiode (2014-2020) in NRW vor. Die Landesregierung hat sich dabei zum Ziel gesetzt, alle EU-Programme und damit auch die Europäische Territoriale Zusammenarbeit auf Basis einer gemeinsamen strategischen Plattform zu orientieren, um Synergien zu nutzen und Förderinhalte künftig stärker als bisher abzustimmen.

Die jeweiligen Partner arbeiten derzeit intensiv an der Aufstellung der neuen Programme INTERREG VA Deutschland / Nederland und INTERREG VA Euregio Maas-Rhein. In den ersten Abstimmungsgesprächen mit den Niederlanden äußerten beide Seiten die Absicht, die Programme für „Wachstum und Beschäftigung“ und INTERREG (Europäische Territoriale Zusammenarbeit, Ausrichtung grenzübergreifende Zusammenarbeit) zukünftig stärker miteinander zu verzahnen.

Die Landesregierung strebt darüber hinaus an, auch die sonstigen Förderprogramme zur Zusammenarbeit mit den Benelux-Nachbarn zu nutzen.

6 Umsetzungsschritte im Rahmen der Kooperationsstrukturen zwischen Nordrhein-Westfalen und dem Benelux-Raum

Die Zusammenarbeit Nordrhein-Westfalens mit den Benelux-Staaten findet, wie in Kapitel 2 ausgeführt, auf verschiedenen Ebenen statt. Die Landesregierung will ein starkes, aktives und bürgernahes Europa mit den westlichen Nachbarn gestalten und strebt daher - wie auch im Koalitionsvertrag verankert - eine noch stärkere Zusammenarbeit an, die auch weiterhin projekt- und dialogorientiert ausgerichtet sein wird. Um die in Kapitel 3 genannten Ziele zu erreichen, muss die Umsetzung der großen gemeinsamen Arbeitsfelder Wirtschaft, Verkehr, Arbeitsmarkt, Energie und Klimaschutz, Forschung und Innovation, Sicherheit, Umwelt und Naturschutz, Raumordnung, Demographischer Wandel sowie Kultur und Gesundheit in konkreten Einzelschritten erfolgen. Dabei sind alle Kooperationsebenen einzubeziehen.

Der Europaministerin in der Staatskanzlei wird wegen der zunehmenden Anzahl der Aktivitäten zukünftig eine noch stärker koordinierende und vernetzende Rolle zukommen. Der regelmäßige Austausch mit den Ressorts und Euregios wird in intensiver Form fortgesetzt.

Die Ressorts der Landesregierung werden weiterhin wichtige Akteure sowohl in der bilateralen als auch in der multilateralen Kooperation mit den Benelux-Staaten bleiben. Fachkooperationen sowohl auf Arbeits- als auch auf politischer Ebene sollen auf der Grundlage dieser Benelux-Strategie intensiv fortgeführt werden.

Eine stärkere Rolle hat das 3+3-Treffen durch die Benennung von Ansprechpartnern zu den Themenfeldern¹ übernommen, zumal die niederländischen Provinzen im Zuge der Dezentralisierung weitere Kompetenzen erhalten haben.

Im unmittelbaren Grenzraum kommt den Euregios eine tragende Rolle zu. Nicht zuletzt durch die Programme der grenzübergreifenden Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit (INTERREG A, s. Kap. 5) können in

¹ Wirtschaft und Arbeitsmarkt: BR Düsseldorf- Prv. Limburg
 Kooperation im Bildungswesen: BR Münster - Prv. Gelderland
 Umsetzung von EU-Richtlinien: BR Köln: Prv. Overijssel
 Sicherheit: BR Köln - Prv. Gelderland
 Demographischer Wandel: BR Münster - Prv. Overijssel
 Gesundheitswesen: BR Köln- Prv. Limburg
 Umwelt (zusätzlich): BR Düsseldorf – noch offen.

der kommenden Periode ab 2014 wieder zahlreiche Projekte gefördert werden, die den Menschen im Grenzraum das Leben und Arbeiten erleichtern werden.

Darüber hinaus wird es auch zukünftig eine Vielzahl grenzüberschreitender Aktivitäten und Maßnahmen externer Akteure geben. Auch wenn diese nicht alle mit der Landesregierung abgestimmt sind, werden diese grenzüberschreitenden Kooperationen ausdrücklich begrüßt und im Rahmen der Möglichkeiten durch die Landesregierung unterstützt.

Die Europaabteilung in der Staatskanzlei hat in enger Kooperation mit den Ressorts und weiteren grenzüberschreitenden Akteuren in den letzten Monaten wichtige strategische Themen, aber auch zahlreiche konkrete Projekte und Maßnahmen für die kurz- und mittelfristige Zusammenarbeit mit den Benelux-Staaten in verschiedenen Beteiligungsverfahren ermittelt.

In Bezug auf die längerfristigen Aufgabenfelder sind auch die wichtigsten Ergebnisse der Leitbildstudie Nordrhein-Westfalen – Niederlande 2040² in die Benelux-Konzeption des Landes eingeflossen.

Ein wesentliches Element für die Kooperation mit den Niederlanden ist die Fortführung der GROS-Initiative. Nordrhein-Westfalen und die Niederlande haben gemeinsame Arbeitslisten für die Beseitigung der Probleme im Grenzraum aufgestellt und haben vereinbart, diese jeweils aktuell anzupassen. Die ersten gemeinsamen Arbeitslisten wurden erstellt. Die Umsetzung der gemeinsamen Arbeitsliste wird auf Arbeitsebene und bei Bedarf auf politischer Ebene durch regelmäßige Treffen begleitet.

Die engen bilateralen Beziehungen zu Belgiens Föderalregierung sowie den Regionen und Sprachgemeinschaften werden in gewohnter Weise fortgesetzt. Neben einer weiteren Vertiefung der Beziehungen zur Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens und zur Wallonie, wird es auch neue thematische Schwerpunkte in der Zusammenarbeit Nordrhein-Westfalens mit Flandern geben. Im Mai 2012 fand die erste gemeinsame Wirtschaftskonferenz statt, die im jährlichen Rhythmus fortgesetzt werden soll.

Auch mit Luxemburg findet eine vertrauensvolle und erfolgreiche Kooperation nicht zuletzt im Medienbereich statt. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit wird insbesondere im Bereich Kultur- und Kreativwirtschaft, Logistik und Energie angestrebt.

Die Zusammenarbeit Nordrhein-Westfalens mit der Benelux-Union findet auf der Grundlage eines Mehrjahresprogramms der Benelux-Union statt, das mit Hilfe eines Grünbuchverfahrens erstellt wurde. Nordrhein-Westfalen hat in einer umfangreichen

² Langzeiterkundung Niederlande – Nordrhein-Westfalen 2010 – 2014 mit folgenden Schwerpunkten: Innovation (Spitzencluster); Zusammenwachsen des Arbeitsmarkts; Raumplanung (Infrastruktur, Natur); Energie (Netzanschluss und Nachhaltigkeit), ECORYS Nederland BV und ILS, 2009.

Stellungnahme zahlreiche sowohl strategische als auch konkrete Themen für die gemeinsame Agenda des Arbeitsprogramms ab 2013 benannt; diese haben einen deutlichen Niederschlag im Mehrjahresprogramm 2013-2016 gefunden. In regelmäßigen Treffen zwischen dem Generalsekretär der Benelux-Union und dem Abteilungsleiter Europa der Staatskanzlei wird der Fortgang der Kooperation begleitet. Neue Akzente der Kooperation, wie beispielsweise im zukünftigen Mehrjahresprogramm enthalten, sollten durch politische Treffen unterstützt werden.

Anlage

Strukturen der Zusammenarbeit NRWs mit den Benelux-Staaten

Ebene	Akteure	Themen
Multilateral	MBEM	Koordinierung der Zusammenarbeit mit der Benelux-Union; Erarbeitung des Beneluxkonzepts, Stellungnahme zum Arbeitsprogramm der Benelux in Abstimmung mit den Ressorts
	Ressorts	Benelux-Union: Polizeiliche Zusammenarbeit, Katastrophenschutz (MIK), Luftreinhaltung und Feinstaubproblematik, Nahrungsmittelsicherheit und Tierseuchenbekämpfung (MKULNV), Raumentwicklung (StK); Informations- und Erfahrungsaustausch mit den Beneluxstaaten und -regionen über das 2011 gegründete Netzwerk europäischer Regionen AIR („Air-Quality Initiative of Regions“), in dem neben NRW auch Flandern und Randstad vertreten sind (MKULNV)
	Für die Landesplanung (StK): BR Köln	Grenzkommision Ost für Raumordnungsfragen (wird durch BR Köln wahrgenommen), 1 bis 2 Treffen im Jahr
	MIWF	Zusammenarbeit der Hochschulen auf der Grundlage der „Münsteraner Erklärung“ vom 8.10.2003 zur Entwicklung eines gemeinsamen Hochschulraumes zwischen den Benelux-Ländern
	MAIS	Gemeinsames Internetportal für Grenzpendler bei der Benelux-Union, finanziert durch die Arbeits- und Sozialministerien der Niederlande, Belgien und NRW
	MWEIMH BR Düsseldorf und Münster	Umsetzung des INTERREG IVA-Programms Deutschland/Niederland, Vorbereitung des INTERREG VA Programms Deutschland/Niederland

	MWEIMH BR Köln, Zweckverband Regio Aachen	Umsetzung des INTERREG IVA- Programms der Euregio Maas-Rhein; Vorbereitung des INTERREG VA- Programms der Euregio Maas-Rhein
Bund	AA; LV NRW hat Sitz im Lenkungsausschuss	Deutschland – Niederlande - Konfe- renz, jährlich
Land	MBEM	Koordinierung aller bilateralen Benelux- Aktivitäten; Strategische Zusammenar- beit mit NL (u.a. Leitbild); GROS- Initiative
	Ressorts	Bilaterale Zusammenarbeit; Umset- zung der GROS-Listen
	MWEIMH, MIWF, MKULNV, StK, GK NL, Dt. Botschaft Den Haag	Task Force Innovation NRW (Unter- stützung des Dialogs zwischen den Akteuren und Initiierung sowie Beglei- tung gemeinsamer Projekte (z.B. NL- NRW-Energiekonferenz Combined Energy), 2 bis 3 Treffen im Jahr
	MWEIMH, GK NL	Koordinierungssekretariat NRW – NL, Unterstützung von Projekten, Work- shops, Kooperation zw. Unternehmen; Zusammenarbeit mit NRW.International/ NRW.INVEST
	MIK	Polizeiliche Zusammenarbeit: bei Be- darf 1 bis 2 Treffen im Jahr mit IM NI und NL auf Arbeitsebene
	MIK mit NL Innenministeri- um	Krisenmanagement, 2 jährliche bilate- rale Arbeitstreffen und 1 jährliches 4- Minister-Gespräch (+ NI und BE)
	MIK mit NL Ministerium für Sicherheit und Justiz, RPs sowie CdKs der Grenzpro- vinzen und Grenzgemein- den	AG Grenzüberschreitende Zusammen- arbeit im Katastrophenschutz
	MKULNV	Niederlande, Niedersachsen und NRW: Agrar und Verbraucherschutz, Natur- schutz
	LKA NRW (+NI + NL)	Konferenz der Leiter der Kriminalität bekämpfenden Dienststellen, 1 bis 2 Treffen im Jahr
	MSW mit den zuständigen Bildungsministerien der Deutschsprachigen Ge- meinschaft Belgiens, der Niederlande und Luxem- burgs	Ständige Aktualisierung der auf der Grundlage Gemeinsamer Erklärungen aus den Jahren 2009 und 2010 ge- troffenen Vereinbarungen zur gegen- seitigen Anerkennung von schulischen Abschlüssen und Berechtigungen

	MBWSV mit NL Verkehrsministerium sowie NRW und NL Verkehrszentren	Zusammenarbeit bei der grenzüberschreitenden Netzbeeinflussung auf den Fernstraßen zw. Köln - Eindhoven und zw. Oberhausen und Arnheim bei besonderen Ereignissen (Staus, Unfälle, Baustellen)
	MFJKJS	<p>-Die Kulturregionen Münsterland, Niederrhein und Region Aachen arbeiten im Rahmen der Regionalen Kulturpolitik grenzüberschreitend mit den niederländischen Provinzen Overijssel, Gelderland und Limburg, mit der belgischen Provinz Limburg sowie mit der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Belgien (Kulturministerin Isabelle Weykmans) zusammen.</p> <p>-Der Kulturraum Niederrhein e.V. unterhält ein Kulturabkommen mit der niederländischen Provinz Limburg; Einrichtung jährlicher Gespräche zwischen dem Gedeputeerde van Cultuur und dem Verbandsvorsteher und von Beratungen auf Arbeitsebene.</p> <p>-Der Zweckverband Region Aachen hat eine „Kulturelle Vereinbarung“ mit der niederländischen Provinz Limburg; regelmäßige Teilnahme von Kulturbeamten der Provinz Limburg an den Sitzungen des Kulturraums Niederrhein e.V.</p>
	MWEIMH mit Gemeinsamen INTERREG-Sekretariat	Koordination des INTERREG IVA-Programms D/NL
Region	MKULNV mit 4 nl. Provinzen	Umwelt, Klimaschutz und Erneuerbare Energien, 2 bis 3 Treffen der Koordinierungsgruppe (4 nl. Provinzen), pol. Treffen auf Staatssekretärebene ca. alle 1,5 Jahre
	3+3-Treffen (RPs sowie CdKs)	<p><u>Themenverantwortlichkeiten:</u> Wirtschaft und Arbeitsmarkt: BR Düsseldorf + Prv. Limburg Kooperation im Bildungswesen: BR Münster + Prv. Gelderland Umsetzung von EU-Richtlinien: BR Köln + Prv. Overijssel Umwelt (zusätzlich): BR Düsseldorf+(Partner noch offen) Sicherheit: BR Köln + Prv. Gelderland Demografischer Wandel: BR Münster + Prv. Overijssel</p>

		Gesundheitswesen: BR Köln + Prv. Limburg, 1 – 2 jährliche politische Treffen, regelmäßige Treffen auf Arbeitsebene, Kultur: BR Köln + Pr. Limburg
	Deutsch-Niederländische Raumordnungskommission Süd (RPs, Landesplanung + Provinzen + nl. Ministerium)	Konsultation und Abstimmung der RO-Pläne; Entwicklung gemeinsamer räumlicher Perspektiven; Unterstützung grenzüberschreitender Projekte
	MKULNV	Flandern: Umwelt, Klimaschutz, Erneuerbare Energien Wallonie: Naturschutz, Forsten, Ländliche Entwicklung
	MBWSV mit NL-Konsulat, NL Verkehrsministerium und 4 nl. Provinzen	Abstimmung von Verkehrsthemen im nordrhein-westfälisch / niederländischen Grenzraum, 2 bis 3 Treffen der Koordinierungsgruppe, 1 pol. Treffen auf Staatssekretärebene
	MBWSV mit nl. Provinzen und Verbänden und Verkehrsunternehmen	anlassbezogenen Gespräche für die Aufnahme und Verbesserung grenzüberschreitender SPNV-Verbindungen (Emmerich-Arnheim; Nimwegen – Kleve usw.)
	MSW mit den zuständigen Bildungsministerien der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, der Niederlande und Luxemburgs	Ständige Aktualisierung der auf der Grundlage Gemeinsamer Erklärungen aus den Jahren 2009 und 2010 getroffenen Vereinbarungen zur gegenseitigen Anerkennung von schulischen Abschlüssen und Berechtigungen
	MSW und Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens	Enge Zusammenarbeit in mehreren Themenfeldern (z.B. Qualitätsanalyse, Exzellenzlabel CertiLingua Medienbildung)
	MSW und Niederlande	Zusammenarbeit im D - NL Ausschuss für den pädagogischen Austausch; NRW hat den Vorsitz
Euregio	Euregio, euregio rhein-maas-nord, Euregio Rhein-Waal, Euregio Maas-Rhein	Umsetzung des INTERREG-Programms; Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit; Stärkung der wirtschaftlichen Entwicklung; Information und Beratung von Bürgern und Unternehmen; Plattform für die Zusammenarbeit
	NeBeDeAG POL: Arbeitsgemeinschaft Polizei in der Euregio Maas-Rhein	Verbesserung der grenzüberschreitenden polizeilichen Zusammenarbeit: Euregionales-Polizei-Infomations-Cooperations-Center (EPICC) sowie

		Gemeinsamen Anlaufstelle Herzogenrath-Kerkrade im Gebäude des Eurode Business Centers; Steuerungsgruppe + 5 Facharbeitskreise
	PER: Polizeiliche euregio rhein-maas-nord (Kreispolizeibehörden Kleve, Krefeld, MG und Viersen)	Polizeiliche Zusammenarbeit, regelmäßige Treffen der Lenkungebene, der Strategieebene und der Arbeitsebene
	KOOP Mitte: Kreispolizeibehörden Borken, Coesfeld, Kleve, Steinfurt, Münster	Polizeiliche Zusammenarbeit, regelmäßige Treffen
	Büro für euregionale Zusammenarbeit (BES) in Maastricht	Koordinierung und Unterstützung der grenzüberschreitenden justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen
Kommune	Eurode Business Park GmbH, Stadt Herzogenrath + Gemeinde Kerkrade	grenzüberschreitendes Dienstleistungszentrum mit 65 Unternehmen (und gem. Anlaufstelle Polizei)
	Grenzüberschreitendes Gewerbegebiet Avantis, Stadt Aachen + Stadt Heerlen	Grenzüberschreitendes Angebot gewerblicher Bauflächen
	Zweckverband Naturpark Schwalm-Nettetal, Kreise Heinsberg, Kleve, Viersen + Stadt Mönchengladbach; Deutsch-Belgischer Naturpark Hohes Venn-Eifel	Sicherung und Erhaltung der Naturparke
	Arbeitsgemeinschaft Charlemagne, Städteregion Aachen + Parkstadt Limburg,	Entwicklung eines grenzüberschreitenden Wirtschaftsraums, Verbesserung des grenzüberschreitenden öffentlichen Personennahverkehrs, Straßenbauprojekte, trinationale Job-Plattformen
	Städtenetzwerke Enschede / Hengelo-Münster-Osnabrück, ANKE (Arnhem-Nimwegen-Kleve-Emmerich), MAHL (Maastricht-Aachen-Heerlen-Hasselt-Lüttich), LINEA (Mönchengladbach-Krefeld-Eindhoven-Roermond-Venlo	Verschiedene Formen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit
Sonstige	Deutsch-Niederländische Handelskammer (DNHK)	Förderung der Deutsch-Niederländischen Geschäftsbeziehungen

	Deutsch-Belgisch-Luxemburgischen Handelskammer (AHK DeBeLux)	Förderung und Unterstützung der Geschäftsbeziehungen zwischen Unternehmen in Deutschland, Belgien und Luxemburg.
	NRW.International GmbH	operative Außenwirtschaftsförderung in Nordrhein-Westfalen
	NRW.INVEST GmbH	Vermarktung des Investitionsstandorts NRW
	Haus der Niederlande der Universität Münster	Zentrum für Niederlande-Studien, Institut für Niederländische Philologie und Sondersammelgebiet Niederländischer Kulturkreis
	NiederlandNet	nicht-kommerzielles Online-Informationsportal über die Niederlande und die deutsch-niederländischen Beziehungen (gehört zum Zentrum für Niederlande-Studien)
	Gemeinsames INTERREG-Sekretariat D-NL	Information für Fördernehmer
	Landesbetrieb Straßenbau NRW und Rijkswaterstaat	Regelmäßiger Erfahrungsaustausch zu Fachthemen im Bereich Straßenbau und Verkehr in verschiedenen Arbeitsgruppen
	Netzwerke von IHKs und Handwerkskammern, z.B. IHK Aachen + Kamer van Koophandel Maastricht	Zugang zu Wirtschaftsinformationen für die Nachbarregion, Förderung grenzüberschreitender Geschäftskontakte; gemeinsames Außenwirtschaftsbüro im World Trade Center Heerlen-Aachen
	Technologienetzwerke, z.B. EUREGIO Biotech-Zentrum	Unterstützung biotechnischer Unternehmenslösungen
	Grenzüberschreitende Bildungsnetzwerke (ROC's und Berufskollegs) sowie Ausbildungsprojekte	Anerkennung von Berufsbildungsabschlüsse und Austausch mit dem Ziel der Förderung der Fachkräftemobilität
	Hochschulnetzwerke, z.B. ALMA zw. RWTH Aachen, Uni Maastricht + Lüttich oder IDEA-League u.a. mit RWTH Aachen und Uni Delft	Zusammenarbeit in Lehre, Forschung und sozialen Aktivitäten; Förderung des Studentenaustausches
	EVTZ	In NRW zurzeit keine in Vorbereitung
	Zusammenarbeit der Steuer- und Finanzbehörden	Information und Service für Grenzgänger
	Deutsch-Niederländischer Businessclub	Forum für Unternehmer und weitere Wirtschaftsbeteiligte der Kammerbezirke Aachen und Süd-Limburg.